



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 263
18. Wahlperiode / Nr.43
06. November 2015

DEN ZUSTROM BEENDEN

Liebe Leserinnen und Leser!

Dringend nötige Maßnahmen zur Bewältigung der gegenwärtigen Flüchtlingskrise sind in der letzten Woche auf den Weg gebracht worden: hilfsbedürftige Menschen nachhaltig integrieren, Flüchtlinge ohne Bleiberecht konsequent abschieben, Fluchtursachen bekämpfen und die europäischen Außengrenzen besser absichern. Eben diese Punkte sind Teil des schärfsten Asylpaketes, der letzten 20 Jahre.

Herzlichst, Ihr

Deutschland, Europa und die Welt sehen sich mit der größten Anzahl an Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Hierzulande stehen Kommunen, Länder und der Bund vor großen Herausforderungen. Es ist unser wichtigstes Ziel, den Flüchtlingsstrom dauerhaft zu reduzieren. Hierbei hat die Union Überblick und Handlungsfähigkeit beweisen können. Diese Woche haben sich die Koalitionsparteien auf ein neues Asylpaket zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms verständigt. Bereits am Wochenende beschlossen CDU und CSU ein neues Positionspapier zur Flüchtlingskrise. Zentrale Neuerungen sind die Einführung der Residenzpflicht für Asylbewerber in den Landkreisen sowie die Beschleunigung der Verfahren in Anlehnung an das Flughafenvorverfahren. Hier soll in fünf Einrichtungen und nach maximal drei Wochen über Ablehnung oder Bewilligung eines

Antrages im Schnellverfahren entschieden werden. Beide Maßnahmen dienen dazu, die Zuwanderung besser ordnen und steuern zu können. Darüber hinaus sollen Flüchtlinge künftig auch an den Kosten der Integration beteiligt werden. Geldleistungen für Asylbewerber werden zudem künftig stärker durch Sachleistungen ausgeglichen als vorher, um Anreizstrukturen zur Flucht nach Deutschland deutlich zu minimieren.

Im Gegensatz zur schwammigen und nachlässigen Haltung der Bundes- und Länder-SPD sowie der blockierenden Rolle der Grünen in der Flüchtlingsfrage, positioniert sich die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag klar in der Flüchtlingsfrage. Hiervon können die rot-grünen regierten Länder noch einiges lernen. Vor allem in der konsequenten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber haben sie Nachholbedarf. Das ist

nicht nur besonders wichtig, um geltendes Recht umzusetzen, sondern auch damit gegenüber den Antragstellern ein menschenwürdiger Umgang gewährleistet wird. Das kann nur erreicht werden, indem die Verfahren beschleunigt und Menschen ohne Bleiberecht auch schnell abgeschoben werden. Wohlklingende aber sachlich falsche Politik ist in der ernsten Lage fehl am Platz. Vor allem müssen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs endlich auf eine gemeinsame Politik und notwendige Maßnahmen in der Flüchtlingskrise einigen und sich ihrer humanitären Verantwortung stellen. Aus Sicht der Union gehört dazu nicht nur, die europäischen Außengrenzen besser abzusichern. Wichtig ist auch, dass wir geschlossen mit unseren internationalen Partnern, wie zum Beispiel der Türkei, die Fluchtursachen bekämpfen und den Zustrom deutlich minimieren.

STERBEHILFE BESSER GEREGET

Seit nun schon mehr als 30 Jahren gibt es den Diskurs über die gesetzliche Regelung der Sterbehilfe. Die unterschiedlichen Auffassungen rund um den assistierten Suizid haben sich mittlerweile zu einer intensiven und breiten Debatte in Gesellschaft und Politik entwickelt. Diese Woche hat der Bundestag im Rahmen einer großen Anhörung mehr als drei Stunden kontrovers über die angemessene Ausgestaltung der Gesetzesgrundlage zur Sterbehilfe debattiert. Schon im Juni wurden die vier unterschiedlichen Anträge von den Abgeordneten diskutiert. Unüblich dabei ist, dass zur rechtlichen Regelung der Sterbehilfe keine Anträge der Fraktionen vorliegen, sondern parteiübergreifende Gruppenterwürfe erarbeitet wurden. Der Vorschlag der Abgeordneten Brand (CDU), Griese (SPD) und anderen konnte diesen Freitag bereits im ersten Wahlgang eine Mehrheit der Stimmen hinter sich vereinen. Er sieht vor, dass auf Gewinn ausgegerichtete und gewerblich organisierte Sterbehilfe

strafrechtlich verboten wird. Ärzte können ihre Arbeit weiterhin im Bereich der Hospiz- und Palliativmedizin durchführen, wohingegen die Beihilfe zum Suizid durch Ärzte erstmals rechtlich reguliert wird. Die Balance zwischen freier Selbstbestimmung und der Gewährleistung Lebensschutzes ist in diesem Antrag besonders ausgeglichen. MGB hat sich aus eben diesen Gründen für diesen Gruppenantrag entschieden.

TERMINAUSWAHL

07.11.2015

Rednereinsatz bei der CDU Grafschaft-Bentheim in *Wietmarschen*.

11.11.2015

Diskussion mit dem Leistungskurs Politik des Gymnasiums am Kattenberge/Buchholz in *Berlin*.

11.11.2015

Großer Zapfenstreich anlässlich 60 Jahre Bundeswehr in *Berlin*.

12.11.2015

Europäischer Abend mit der EVP-Fraktion in *Berlin*.

13.11.2015

Gespräch mit dem DRK Hanstedt in *Berlin*.

VERBESSERUNG DER STERBEBEGLEITUNG

Schwerstkranke und sterbende Menschen brauchen vor allem in ihrer letzten Lebensphase die bestmögliche menschliche Zuwendung, Betreuung, Versorgung und Pflege. Trotz der umfangreichen Verbesserungen in der Hospiz- und Palliativversorgung der letzten Jahre, haben die Abgeordneten des Deutschen

Bundestages nun die Gesetzesgrundlage für ein jährliches Fördervolumen in Höhe von 200 Millionen Euro beschlossen. Auf diese Weise können die 200 Hospize und 1500 Palliativstationen deutlich besser versorgt und unterstützt werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei unter anderem die überregionale Ver-

netzung der Palliativversorgung. Dazu gehört auch eine bedarfsorientiertere und verbesserte Versorgung von Kinderhospizen. Mit der gesetzlichen Grundlage wird die Palliativversorgung in Deutschland auch deutlich stärker durch die gesetzlichen Krankenkassen gefordert und gefördert.

MGB-INTERVIEW IM FINNISCHEN TV



Diese Woche gab MGB dem finnischen Fernsehen ein Interview. Die finnischen Journalisten wollten die deutsche Haltung und Politik während des Flüchtlingszustroms nach Europa aus erster Hand zu erfahren. MGB verwies hierbei nicht nur auf das neue Asylpaket, sondern auch auf die dringend benötigte europäische Lösung. Deutschland und Schweden dürfen nicht die einzigen Staaten sein, die sich ihrer humanitären Verantwortung in Europa stellen.



Albrecht E. Arnold/ pixelio.de